



INHALT

„Leuchtturmprojekt“
für Blankenese S. 1

„Kultur in Altona“
neu aufgelegt S. 2

500.000 Aufrufe
der Homepage S. 2

Was läuft am
Flottbeker Markt? S. 2

INCI-Projekt vor
dem Aus S. 3

Bezirksamt will
Spielhaus schließen S. 3

Stadthalterplatz am
Bhf. Othmarschen S. 3

Bezirksverwaltungs-
reform S. 4

Stadt will Teile von
Schröders Elbpark
verkaufen S. 5

Kantinen-Neubau
Max-Brauer-Schule S. 5

Sicherheit auf der
Kommunaltrasse
Große Bergstraße S. 6

Wohnungsbau
am Holstenkamp S. 6

Alternativen zum
Bismarckbad S. 6

Ein echtes „Leuchtturm-Projekt“ für Blankenese

Die Hamburg Port Authority (HPA) plant schon seit vorigem Sommer zusammen mit der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes im Bereich Wittenbergen/Lühe die Verlegung der Fahrlinie einlaufender Fahrzeuge um gut 100 Meter nach Süden. Die beiden Blankeneser Leuchttürme, auf die diese Fahrzeuge zufahren, müssen dann entsprechend weiter östlich am Elbufer stehen. Dafür werden dort zwei neue Leuchttürme gebaut, die alten werden überflüssig. Das neue Oberfeuer könnte dabei mit rund 70 Metern Höhe der höchste Leuchtturm Deutschlands werden. Trotzdem wird er von Wittenbergen aus gesehen niedriger scheinen als das heutige Oberfeuer, denn er wird auf sehr viel tieferem Terrain errichtet. Beim Neubau dieser Feuerträger liegt ein Gedanke nahe: Warum sollte nicht in Hamburg auch ein Leuchtturm mit einer Aussichtsmöglichkeit kombiniert werden, wie es schon an einem Dutzend anderer Türme in Deutschland geschieht?

Neue Einnahmequellen

In fast allen Fällen übersteigen die Einnahmen aus Turmbesteigungen und Veranstaltungen (z.B. Hochzeiten) die Kosten der Bauunterhaltung. Daher ist dies

ein Projekt, das mehr Geld einbringt als es kostet. Zudem wäre es ein touristischer Anziehungspunkt, wovon vor allem Restaurants am Ufer profitieren könnten.

Der SPD-Antrag für die Bezirksversammlung am 29. Juni war folglich ein Prüfungsauftrag an den Bezirksamtsleiter, untersuchen zu lassen, ob man

a) nur einen der beiden heutigen Türme rückbaut und den anderen als Aussichtsturm nutzt oder

b) in das neue Unterfeuer einen Aussichtsbereich integrieren kann.

Der erste Vorschlag hat den Vorteil, dass man die Sicherheitsauflagen aus verschiedenen Gründen leichter erfüllen kann, führt jedoch im Ergebnis zu einem dritten Turm am Blankeneser Ufer. Version b) ist sicher eleganter, aber auch etwas teurer.

In der Debatte tauchten bei CDU und GAL die wunderbarsten Argumente gegen die Pläne auf. Die eine Fraktion meinte, wenn man einen der zwei bestehenden Türme rückbaut und zwei neue dazu kommen, würden vier Türme am Ufer stehen. Da sich die Türme aber an der Elbe und nicht in Pisa befinden, gilt: 1 + 2 = 3.

Es gab auch Hobbynavigator, die sich sorgten, ein zusätzlicher Turm würde die Lotsen doch sehr verwirren.



Die beiden heutigen Ober- und Unterfeuer Blankenese (www.leuchtturm-atlas.de)

Das allerdings war schon vorher von der HPA als unproblematisch bezeichnet worden.

Schließlich wurde sogar gesagt, diese Türme seien zu neu. Bei allen anderen zwölf Beispielen solcher Turmnutzungen handele es sich schließlich um historische Türme.

Warum ein Aussichtspunkt allerdings nicht auf einem neuzeitlichen Bauwerk sein kann, wurde nicht deutlich. Schließlich wurde Teil a) des Antrags mehrheitlich abgelehnt, Teil b) aber einstimmig dem Amtsleiter mitgegeben. Daher könnte nun vielleicht das neue Unterfeuer als Aussichtspunkt über der Elbe errichtet werden. Nach der jetzigen Planung soll es wie sein Vorgänger im Strom stehen, allerdings knapp östlich des Blankeneser Anlegers. Dort ist eine Aussicht, die auch kein Punkt des Geestufers bietet.

Die Newsletter-Redaktion wünscht allen Lesern schöne Ferien!



Tom Sawyer: Aufführung des Altonaer Theaters

„Kultur in Altona“ neu aufgelegt

Altona hat kulturell viel zu bieten. Gleich mehrere Theater sind hier im Bezirk zu finden, Museen, Musikclubs, Stadtteilkulturzentren, Künstlerhäuser und und und. Deshalb hat der Ausschuss für Kultur und Bildung der Altonaer Bezirksversammlung wieder

seine Broschüre „Kultur in Altona“ herausgebracht. Darin stellen sich die kulturellen Institutionen und Initiativen, die mit Fördermitteln des Bezirks unterstützt wurden, selbst vor. Quatschgelb ist diesmal der Umschlag, also nur schwer zu übersehen.

Fragen Sie im Bezirksamt Altona danach oder kommen Sie zu uns in die Max-Brauer-Allee 20. Das 26-seitige Heft ist kostenlos erhältlich. Und spannend dazu für alle Kulturinteressierten, die noch etwas Neues in Altona entdecken wollen.



www.spdfraktionaltona.de bietet Pressemitteilungen, Anträge, Anfragen und zahlreiche Hintergrundinfos zur Altonaer Politik

500.000 Zugriffe: Homepage gut besucht

Wer sich über die Altonaer Politik und die Position der SPD-Fraktion informieren will, landet schnell bei www.spdfraktionaltona.de. Seit dem Start des Internet-Angebotes im Jahr 2000 gab es 500.000 Zugriffe auf die Seite.

Die elektronische Auswertung ergab, dass spezielle Themendownloads besonders häufig genutzt werden. So wurde alleine die umfangreiche Bachelor-Arbeit von Henrik Strate und

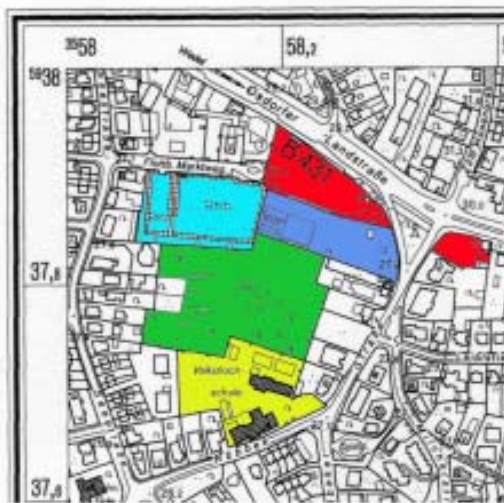
Annika Terworth zum „Tennispark Bahrenfeld“ eintausend Mal downloaded.

Einmalig in dieser Form ist auch die Quellensammlung mit Buch- und Broschürenveröffentlichungen zur Altonaer (SPD-) Geschichte. Selbst aus der Sorbonne in Paris kamen schon Anfragen zu einzelnen Publikationen, die hier verzeichnet, aber nicht mehr im Handel erhältlich sind. Das Fraktionsbüro hält sämt-

liche dort genannten Publikationen als Präsenz-exemplare in Papierform vor und hilft Interessierten gerne bei der Informationsbeschaffung.

Bis zur Eine-Million-Besuche-Grenze will die Fraktion ihr Internetangebot noch weiter ausbauen. Geplant ist unter anderem ein Foto-Archiv mit interessanten Aufnahmen von Altona. Weitere Anregungen sind übrigens sehr willkommen!

Deutsche Grundkarte



Rot: Marktfläche und Parkplatz
 Dunkelblau: Aldi-Grundstück
 Hellblau: Rückhaltebecken
 Grün: Flottbeker Biotop
 Gelb: ehemals VHS Robbek

Was läuft am Flottbeker Markt?

Das Bezirksamt plant eine Umgestaltung des Flottbeker Marktes. Auf Teilen der Marktfläche soll ein ALDI-Markt angesiedelt werden. Diese Pläne sind der örtlichen Bevölkerung bei einer Anhörung des Altonaer Planungsausschusses vorgestellt worden. Eine Reihe von Bürgern hat sich in der Veranstaltung kritisch bis ablehnend gegen die ALDI-Ansiedlung geäußert. Dabei ging es auch um die Frage eines Koppelgeschäftes zwischen Stadt und ALDI

und die Kostenübernahme der Umgestaltung.

Der Planungsausschuss hat die Anhörung ausgewertet und eine Entscheidung angesichts der vielen Einwendungen und Bedenken der Bürger vertagt.

Die SPD-Fraktion hat einen umfangreichen Fragenkatalog an das Bezirksamt gerichtet. Von den Antworten, die bis Anfang September vorliegen sollen, will die SPD ihre Entscheidung abhängig machen. Sie finden den Fragenkatalog unter www.spdfraktionaltona.de.

INCI-Projekt vor dem Aus

Die Einschlüsse der CDU-Sparpolitik kommen immer häufiger. Jetzt trifft es - nach der Frauenberatung EFA, die gerade geschlossen wurde - den Ottenser Träger INCI e.V., der ein wichtiges Projekt verliert.

Wie zu erfahren war, will die Behörde für Bildung und Sport aus „haushalts-

technischen Gründen“ ab dem 1. August 2006 das Projekt „Ausbildungsvorbereitende Hilfen“ in Altona (AVH) nicht mehr finanzieren. Ziel war bislang die gezielte Berufsorientierung für Jungen und Mädchen mit der Partnerschule Luruper Hauptstraße sowie eine gezielte Unter-

stützung in der Berufsorientierung und bei der Ausbildungsplatzsuche für Mädchen mit Migrationshintergrund im Stadtteil Altona. Das Projekt besteht seit mehr als 14 Jahren und kostet die Stadt lediglich 64.000 Euro im Jahr. Berufsorientierungsprojekte von anderen Trägern

werden dagegen weiter finanziert. Der Verein INCI e.V. wird nun auch eine Vollzeitstelle abbauen müssen. Offenbar schützt auch eine schwarz-grüne Koalition nicht vor CDU-Sparhämmern. Diese schmerzhafteste Erfahrung machen immer mehr soziale Einrichtungen in Altona.

Bezirksamt will Spielhaus Zeiseweg dichtmachen - Nicht mit der SPD!

Das Jugendamt Altona plant – offensichtlich bereits seit geraumer Zeit – die Schließung des Spielhauses Zeiseweg. Als Gründe für die Schließung wurden zu geringe Besucherzahlen und ein marodes Gebäude genannt. Dass die hautamtliche Leiterin eine neue berufliche Perspektive entwickelt hat und demnächst ausscheidet, kam gelegen. CDU- und GAL-Fraktion finden diese so genannte „Standort-

optimierung“ völlig akzeptabel. Soll mit der halben Stelle doch ein anderes Projekt im Planungsraum abgesichert werden. Hier sollen unter dem Schlagwort Standortoptimierung Lächer gestopft werden, die durch Einsparvorgaben des CDU-Senats überhaupt erst entstanden sind.

In der Sitzung des Jugendhilfeausschuss am 3. Juli waren viele Eltern und Kinder, die das Angebot des

Spielhauses regelmäßig nutzen, anwesend. Die SPD-Sprecherin Brigitte Stobbe machte deutlich, dass eine Schließung nicht in Frage komme, vielmehr ein neuer Träger mit einem veränderten, der veränderten Bedarfslage und Zielgruppe im Rahmen einer Ausschreibung gefunden werden solle. Im Gegensatz zur Auffassung des Jugendamtes stelle das Angebot der Spielhäuser in dieser Stadt aus SPD-Sicht



Eingangsbereich
des Spielhauses

keinen „Luxus“ dar, sondern sei ein wichtiges niedrigschwelliges Angebot als Ergänzung zur Kita und Schule, gerade auch für kleinere Kinder.

Im Juli wird soll Thema abschließend beraten werden. Die SPD wird für den Fortbestand kämpfen.

Stadthalterplatz Othmarscher Bahnhof: Vom WM-Provisorium zur Dauernutzung?

Auf dem einst mit Bäumen bewachsenen Stadthalterplatz südlich des S-Bahnhofes Othmarschen standen während der Fußball-WM mobile Toiletten und Bierische. Ziel dieses Angebots war, die Menschenströme zu entzerren, damit nicht alle gleichzeitig in Bahnen und Busse stürmen. Dieses Provisorium wurde nun wieder abgebaut (siehe

Foto rechts). Für die jetzt geplante Bebauung der Freifläche gab es ein nicht öffentliches Bewerbungsverfahren. Der Antrag der SPD, das Ergebnis des Bewerbungsverfahrens in einer öffentlichen Veranstaltung mit den Bürgern und Betrieben der Umgebung zu erörtern, wurde von CDU und GAL abgelehnt. Wir hielten eine öffentliche

Veranstaltung für sinnvoll, weil die Umwandlung einer Grünfläche in einen gastronomischen Betrieb eine erhebliche Nutzungsänderung darstellt. Der Wunsch nach mehr Transparenz wurde auch wiederholt von Bürgern aus dem Stadtteil geäußert. Geplant ist nun nach SPD-Kennntnisstand ein mittelgroßes Restaurant mit Außenplätzen. Den Zu-



schlag soll ein Othmarscher gastronomischer Betrieb erhalten haben. Über den Stand eines Baugenehmigungsverfahrens ist bisher im Stadtplanungsausschuss nichts verlautet worden.



Aus den bisherigen Kundenzentren und Ortsdienststellen werden jetzt „Dienstleistungszentren“

Die wichtigsten beschlossenen Drucksachen sind auf der Homepage www.spdfraktion.altona.de abgelegt und können als PDF-Dateien geladen werden.

Bezirksverwaltungsreform: Was sich jetzt für die Kommunalpolitik ändern wird

Die Bürgerschaft hat am 28. Juni den Weg für die Bezirksverwaltungsreform freigemacht. Einstimmig wurde das Bezirksverwaltungsgesetz (BezVG), die Aufnahme der Bezirke in die Verfassung und die generelle Zuständigkeit der Bezirke für Bebauungspläne beschlossen. Vorausgegangen war ein Jahr intensiver Beratungen im Sonderausschuss Verwaltungsreform.

Die wichtigsten Verbesserungen für die Bürger wurden in der Presse bereits beschrieben. Was ändert sich aber für die *Bezirksversammlungen* (BVen) und ihre Ausschüsse?

➤ Bezirksversammlungen können zukünftig in allen Angelegenheiten, für die das Bezirksamt zuständig ist, bindende Beschlüsse fassen. Das sollen jedoch nur Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung sein.

➤ Personal- und Organisationsfragen bleiben alleinige Sache des Bezirksamtes.

➤ Die Bezirke werden zukünftig (voraussichtlich ab Oktober) generell für Bebauungspläne zuständig sein. Der so genannte „Achterkatalog“ entfällt. Er legte fest, dass der Senat bei größeren Gebieten und Infrastruktureinrichtungen die Pläne feststellt. Der Senat bekommt dafür das Recht, „Vorbehaltsgebiete“ einzurichten. Dann muss aber die Bürgerschaft den B-Plan beschließen.

➤ Ab der kommenden

Wahlperiode werden die Bezirksversammlungen vergrößert. Altona wird dann statt 41 insgesamt 51 Abgeordnete haben.

➤ Jede BV bekommt eine eigene Geschäftsstelle, die hauptamtlich betreut und dem Vorsitzenden unterstellt wird.

➤ Fraktionen bekommen einen eigenen Rechtsstatus und können unter ihrem Namen klagen und verklagt werden.

➤ Die Ortsämter und Ortsausschüsse werden bis Ende der Wahlperiode abgeschafft. Die BV kann aber pro 100.000 Einwohner je einen Regionalausschuss einrichten. Die drei Bürgerschaftsfraktionen haben schriftlich erklärt, dass der Bezirksamtsleiter selbst oder eine hochrangige Vertretung an den Sitzungen teilzunehmen hat.

Die Mitglieder müssen im örtlichen Bereich seit drei Monaten wohnen.

➤ Unterausschüsse sind nicht mehr zulässig. Ausnahme: Bauangelegenheiten im Geltungsbereich eines Regionalausschusses; der UA Bau darf höchstens neun Mitglieder haben.

➤ Fraktionen können Große und Kleine Anfragen an das Bezirksamt richten. Sie sind innerhalb von vier Wochen zu beantworten. Mindestens fünf Abgeordnete haben das Recht, Anfragen direkt an Fachbehörden zu richten. Die Antwortfrist beträgt sechs Wochen; sie gilt auch für BV-Beschlüsse (so genannte „Empfehlungen“).

➤ Jeder Fachausschuss muss mindestens zur Hälfte mit Abgeordneten der jeweiligen Fraktion besetzt werden. Die Zahl der zugewählten Bürgerinnen und Bürger wird damit sinken.

➤ Ein von der BV gewählter Bezirksamtsleiter ist vom Senat zu ernennen, sofern die „dienstrechtlichen Voraussetzungen vorliegen“.

➤ Es ist möglich, bereits 16-jährige BürgerInnen in die Ausschüsse zu wählen.

Über die gesetzlichen Regelungen hinaus werden die Bezirksämter in vielen Bereichen Aufgaben der Fachbehörden übernehmen („Entflechtung“). Schwerpunkte sind die Straßenbauunterhaltung, Hilfen nach dem Betreuungsgesetz und die Revierförstereien. Für diese drei Bereiche werden alleine etwa 83 Stellen nach Altona verlagert.

Anstelle der Ortsämter und Ortsdienststellen wird es Soziale Dienstleistungszentren geben. In Altona-Ost in der Alten Königstraße, in Altona-West in einem geplanten Neubau am Achtern Born. Im Zuge der einheitlichen Neuorganisation der Dezernate wird pro Bezirk ein Zentrum für Wirtschaft, Bauen und Umwelt eingerichtet.

Das Schanzenviertel wird dem Bezirk Altona ab der kommenden Wahlperiode zugeschlagen (gegen die Stimmen von SPD und GAL beschlossen).

Schlussverkauf: Stadt will Park und Pfadfinderhaus am Elbhing privatisieren

Der Senat führt seit einiger Zeit gern den Begriff von der „Perlenkette“ an der Elbe im Mund und meint damit die historische Bebauung zwischen Fischmarkt und Neumühlen, mit der er verspricht, sorgsam umzugehen. Dabei vergisst er eine noch ältere, und mindestens ebenso berühmte Perlenkette an der Elbe: Die historischen Parks, die der Hansestadt nach und nach im letzten Jahrhundert von ihren Eigentümern vermacht wurden.

Schröders Elbpark in Othmarschen, am Hang zwischen Elbchausee und Elbwanderweg gelegen, ist einer von ihnen. Schröders Elbpark existiert seit etwa 200 Jahren. Damals ließ sich der englische Großkaufmann Thornton von dem berühmten klassizistischen Baumeister C.F. Hansen ein Herrenhaus errichten und einen Park

nach englischem Muster anlegen. Das Anwesen wechselte dann mehrfach den Besitzer, schließlich erwarb es die Familie Schröder. 1913 verkaufte sie den westlichen Grundstücksteil mit dem Herrenhaus, welches abgerissen und durch einen Neubau ersetzt wurde, der heute noch steht.

Im Jahre 1953 vermachte die Familie Schröder den Park an die Hansestadt mit der Maßgabe, ihn für die Öffentlichkeit zu erhalten. Bis heute ist der Park in seinen wesentlichen historischen Elementen – dem Wegesystem, den grossen Rasenflächen, und den mächtigen Bäumen – nahezu unverändert erhalten. Auch das Gärtnerhäuschen auf der Südseite, welches im Laufe der Zeit durch ein anderes, historisch angepasstes, ersetzt wurde, gehörte schon immer zum

Ensemble. Nun ist es dem Senat eingefallen, einen Teil der Perlenkette zu Geld zu machen. Das Gärtnerhäuschen mit einem angrenzenden Grundstücksteil soll herausgetrennt und verkauft werden. Vergessen ist die Vorgabe des Stifters, den Park in seiner Gesamtheit der Öffentlichkeit zu erhalten, vergessen ist das Wissen um die historischen Zusammenhänge – wo ein kurzfristiger finanzieller Vorteil winkt. Wird dieses Beispiel Schule machen und nach und nach die Perlenkette am Elbhing bedrohen? Warum wird sich nicht um eine langfristige Verpachtung bzw. Vermietung bemüht, dies bringt auch Geld in die Kasse, ohne dass die Stadt die Verfügungsgewalt über diesen Parkteil grundsätzlich aus der Hand gibt. In anderen Parks ist dies mit



Kleinod am Geesthang:
Kate in Schröders Elbpark

Erfolg praktiziert worden. Interessenten gäbe es für eine solche Lösung sicher auch für diesen Park. Zur Zeit nutzt noch der Bund Deutscher PfadfinderInnen das Gärtnerhäuschen, welches ein idealer Standort für diese oder andere Jugendorganisationen ist. Die SPD-Fraktion stellte in der letzten Bezirksversammlung dazu einen Antrag – kein Verkauf von Teilen des Parks, statt dessen langfristige Verpachtung oder Vermietung. CDU und GAL war es offensichtlich egal, was aus Altonas Perlenkette am Elbhing wird. Sie lehnten den SPD-Antrag ab.

Neubau der Max-Brauer-Schule

Die Max-Brauer-Schule gehört zu den besten 18 Schulen Deutschlands. Die Preisverleihung der Robert-Bosch-Stiftung steht noch aus, sie hat aber gute Chancen, den Wettbewerb, bei dem sich über 450 Schulen beworben haben, zu gewinnen.

Wichtiger Teil des Erfolgskonzepts ist die Ganztagschule. Dazu gehört auch die Essensversorgung. Bisher musste „Essen auf Rädern“ beschafft werden. Nun plant die Schule den Bau einer neuen Cafeteria

nördlich des S-Bahndammes Daimlerstraße. Beim Thema Schulwegsicherung wird sich auch etwas tun. Die Bezirksversammlung hatte auf SPD-Initiative eine Reihe von Vorschlägen des Elternrates beschlossen. Nun kamen endlich positive



Ansicht der Westfassade. Geplant wird die Cafeteria vom Hamburger Architekturbüro Wischenhusen

Rückmeldungen der Behörden. So werden gelbe Blinklichter verbessert oder - wie an der Kreuzung Hohenzollernring/Friedensallee - ganz neu aufgestellt.

Die komplette Mitteilung können Sie bei Interesse anfordern unter info@spdfraktionaltona.de

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Thomas Adrian, SPD-Fraktion Altona, Max-Brauer-Allee 20, 22765 Hamburg, Geschäftsstelle: Max-Brauer-Allee 20, 22765 Hamburg, Tel. 040/3 89 53 32, Fax 040/38 61 56 43, Email: info@spdfraktionaltona.de www.spdfraktionaltona.de; Redaktionelle Bearbeitung, Layout, Fotos: Stefan Krappa



Ungelöstes Problem: Wie sicher ist ein Bus in einer Fußgängerzone?

Eigentlich sollte sie ja im Herbst 2003 der geniale Kompromiss im Streit um die Öffnung der Fußgängerzone für den Autoverkehr werden; mittlerweile wirft sie jedoch nur Fragen auf: Die Bustrasse durch die Große Bergstraße.

Völlig ungeklärt ist, was der Busverkehr den Geschäften wirklich an zusätzlichen Kunden bringt. Außerdem muss für viel Geld (500.000 Euro) das neue Straßenpflaster wieder mit schönem Asphalt zugeschüttet werden. Dies alles jetzt im Sommer 2006, nachdem die Große Bergstraße endlich zum Sanierungsgebiet erklärt wurde und es ernsthafte Interessenten für einen Ersatz des Frappant-Komplexes gibt. Welche ver-

kehrlichen Anforderungen sich hieraus ergeben, bleibt völlig unberücksichtigt, wenn in den kommenden Wochen die Asphalt-LKW anrollen. Auch die Frage, ob ein Busverkehr inmitten von Cafes und Geschäften sicher ist, bleibt offen. Mehr als ein Jahr brauchte das Bezirksamt, um eine entsprechende Anfrage der SPD-Fraktion zu beantworten. Man verweist auf Straßen in anderen Städten, in denen es klappt. Was dabei leider vergessen wird: hier sind die Voraussetzungen völlig andere.

In der Großen Bergstraße wird es keine deutliche bauliche Trennung zwischen Bustrasse und Fußgängerbereichen geben. Die Taktfrequenz, in der Busse ver-

kehren, ist nicht so hoch, dass man sich auf Autoverkehr einrichtet. Die Konflikte zwischen Fußgängern, Radfahrern und Bussen scheinen vorprogrammiert. Insbesondere schwächere Verkehrsteilnehmer wie Kinder und Senioren ziehen den Kürzeren. Wer selbst Kinder hat weiß, dass es das „verkehrsgerichte Kind“ zum Glück nicht gibt und sich Risiken immer dann ergeben, wenn die Verkehrssituation nicht eindeutig erkennbar ist. Schilder mit Erläuterungen, an die sich selbst Erwachsene kaum halten, helfen nicht weiter. Was bleibt, ist das Prinzip Hoffnung, dass nichts passiert. Wir schließen uns dieser Hoffnung an, überzeugt sind wir nicht.

Für die Fläche des „Frappant“ gibt es viele Pläne. Die geplante Bustrasse spielt keine besondere Rolle bei ihrer Entscheidung, sagen die Investoren. Infos zum Sanierungsgebiet gibt es bei der Gebietsbetreuerin STEG unter www.steg-hh.de



Bismarckbad geschlossen, SPD arbeitet an Alternativen...

Sommer 2006, die Sonne brennt, das Bismarckbad ist zu, der Neubau kommt erst in zwei Jahren. Was tun, ist eine Frage, die sich auch für Abgeordnete stellt. Eine Zwischenlösung entsteht aktuell in Lurup (woanders

war leider kein Platz). Angespornt von den Kindern arbeitet der Fraktionsvorsitzende der SPD, Thomas Adrian, derzeit noch am ultimativen Freizeitbad zum Preis von unter 100 Euro, deutlich billiger als der

Neubau an der Holstenstraße. Allerdings wird es dabei auch nur eine unbeheizte 3,60 Meter-Bahn geben; also doch keine wirkliche Alternative...

Wir wünschen Ihnen schöne Ferien und viel Sonne!



Wohnungsbauvorhaben Holstenkamp

Nördlich der Stresemannstraße will der ev.-luth. Kirchengemeindevorstand Altona ein größeres Grundstück verkaufen. Unter dem Arbeitstitel „Kirchenpark Bahrenfeld“ plant daher der Bauverein der Elbgemeinden (BvE) etwa 120 Wohneinheiten im Dreieck Holstenkamp/Regerstieg/Regerstraße. Planungsbe-

troffen sind mehrere Betriebe. Die SPD-Fraktion hat nachdrücklich dafür plädiert, ihnen rechtzeitig alternative Standorte anzubieten, um sie nicht zu verdrängen. SPD-Fraktionsvize Stefan Krappa hat dazu nicht nur die Wirtschaftsbeauftragte aufgefordert, sondern parallel auch die Handwerkskammer infor-

miert und sie gebeten, die Bahrenfelder Betriebe zu unterstützen. „Durch eine frühzeitige Einbindung in den Planungsprozess kann die Existenz der Betriebe im Stadtteil gesichert werden. Unser Ziel ist, in Bahrenfeld den erfolgreichen Mix aus Wohnen und Arbeiten zu erhalten“, erläuterte Krappa.

Der Regerstieg verbindet Holstenkamp und Bornkampsweg (rechts).